

## Aus den Verhandlungen des Regierungsrates

### Neuer Finanzausgleich

Der Regierungsrat unterbreitet dem Grossen Rat Bericht und Antrag über die Änderung des Finanzausgleichsdekrets. Es handelt sich dabei um eine Vormassnahme im Rahmen des Reformprojektes Aufgabenteilung, Finanzierungsentflechtung sowie Struktur- und Verwaltungsreform. Die Vorlage trägt der angespannten finanziellen Situation verschiedener Gemeinden Rechnung. Der Finanzausgleich wird aber auf die Ergebnisse der Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung abgestimmt. Aus diesem Grund wird dem Grossen Rat beantragt, die vorgesehene Regelung bis 2006 zu befristen.

Der Entwurf sieht als Kernelement vor, mit einem Ressourcenausgleich die unterdurchschnittliche Steuerkraft der Gemeinden bis auf 70 bis 75 Prozent des kantonalen Mittels auszugleichen. Für diesen Ausgleich sind rund 2,1 Mio. Franken erforderlich. Als Ergänzung und zur Feinsteuerung dieses Ressourcenausgleichs sollen Gemeinden mit überdurchschnittlich hohen Schülerzahlen und damit einer überdurchschnittlich hohen Bildungslast zusätzliche Beiträge von insgesamt 1,2 Mio. Franken erhalten. Schliesslich wird die Möglichkeit geschaffen, mit Beiträgen aus dem Finanzausgleichsfonds den Zusammenschluss von Gemeinden und von besonderen Projekten der Gemeindezusammenarbeit, die zu einer Entlastung von finanz- und steuerschwachen Gemeinden führen, zu fördern. Insgesamt sind für den so vorgesehenen Finanzausgleich rund 3,6 Mio. Franken pro Jahr erforderlich. Dies entspricht rund dem Dreifachen des bisherigen Finanzausgleichs. Die definitiven Beiträge werden mit dem Budget durch den Grossen Rat festgelegt.

Der Finanzausgleich wird zu gleichen Teilen vom Kanton und den finanzstarken Gemeinden getragen. Bei den von den finanzstarken Gemeinden aufzubringenden Mitteln wird mit einem Zentrumslastfaktor berücksichtigt, dass die Stadt Schaffhausen als regionales und kantonales Zentrum besondere Lasten zu tragen hat. Insgesamt werden die finanzstarken Gemeinden zwischen 0,2 und 1,3 Steuerprozent, Thayngen und Rüdlingen knapp 4 Steuerprozent für den Finanzausgleich aufbringen müssen.

### Regierungsrat lehnt Bau einer 2. Gotthardröhre ab

Der Regierungsrat lehnt im gegenwärtigen Zeitpunkt die Planung und den Bau eines zweiten Strassentunnels durch den Gotthard ab. Dies geht aus seiner Vernehmlassung an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) zu einem entsprechenden Entwurf für eine Verfassungsänderung hervor. Planung und Bau einer zweiten Gotthardröhre sind frühestens nach der Inbetriebnahme der NEAT bzw. des Gotthardbasistunnels einzuleiten, wenn das Verlagerungsziel nicht erreicht werden sollte. Allerdings wäre in einem solchen Fall der zweite Strassentunnel mit der europäischen Verkehrspolitik zu koordinieren, also nicht autonom vorzunehmen, sondern nach Möglichkeit in ein bilaterales Abkommen mit der EU unter Einbezug des Transitverkehrs zu integrieren.

Wie der Regierungsrat in seiner Vernehmlassung darlegt, zeigen langfristig orientierte Analysen und Verkehrsmodellberechnungen des Bundes, dass die massivsten Verkehrsüberlastungen in den Agglomerationen und auf der Ost-West-Achse liegen, mehrheitlich also dort, wo sich der Durchgangsverkehr mit dem Pendler- und Einkaufsverkehr überlagert. Erst in dritter Priorität kommt der Gotthard, wo der Verkehr mit einer Optimierung des Verkehrsflusses und der Verlagerung der Güter auf die Schiene mit einem Tunnel bewältigt werden kann. Planung und Bau einer zweiten Röhre des Strassentunnels am Gotthard einzuleiten, bevor die Verlagerungsstrategie überhaupt greift, würde unter diesen Umständen den Zielsetzungen einer koordinierten und nachhaltigen Verkehrspolitik widersprechen. Gleichzeitig würden damit im gegenwärtigen Zeitpunkt falsche Signale gesetzt, welche mit den bisher gefassten Volksbeschlüssen, insbesondere auch mit dem in der Verfassung verankerten Alpenschutzartikel, nicht vereinbar sind.

### **Neuer Leiter Pflegedienst im Kantonsspital**

Der Regierungsrat hat Christoph Schaub, Dinhard, auf den 1. November 2002 als neuen Leiter Pflegedienst am Kantonsspital Schaffhausen angestellt. Christoph Schaub ist 47 Jahre alt. Er amtierte von 1994 bis 2000 als Leiter des Pflegedienstes der Privatklinik Lindberg in Winterthur. Seit dem Jahr 2000 ist Christoph Schaub Prorektor der Schule im Gesundheitswesen der Stadt Zürich. Mit Blick auf die geplante Zusammenführung von Kantonsspital und Pflegezentrum wird Christoph Schaub auch für die Koordination der Pflegedienste beider Häuser zuständig sein.

### **Amtsjubiläum**

Der Regierungsrat spricht Liselotte Kaufmann, Mitarbeiterin Materialwesen am Kantonsspital, die am 1. September 2002 das 25-jährige Amtsjubiläum begehen kann, seinen Dank für ihre bisherige Tätigkeit im Dienste der Öffentlichkeit aus.

Schaffhausen, 13. August 2002, *Staatskanzlei Schaffhausen*